Libanon – Verfeindete Lager

Regierungskoalition – Multikonfessionell, ohne Schiiten, anti-syrisch – 72 Sitze

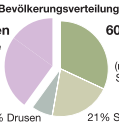
- **Ministerpräsident** – Fouad Siniora, Sunnit, pro-westlich
- **Block der Zukunft** – Mehrheitlich sunnitisch, Chef: Saad Hariri (Sohn des ermordeten Ex-Premiers)
- **Sozialistische Fortschrittspartei** – Mehrheitlich Drusen, Chef: Walid Joumblatt
- **Mehrere christl. Gruppierungen**
- **„Demokratische Linke"** – Überkonfessionell

Opposition – Schiitisch und christlich, teilweise pro-syrisch – 56 Sitze

- **Hisbollah** – Radikalreligiöse Schiiten, Austritt aus der Regierung im November 2006, Chef: Hassan Nasrallah
- **Amal** – Schiitisch, pro-syrisch, Austritt aus der Regierung im November 2006, Chef: Parlamentspräsident Nahib Berri
- **„Freie Patriotische Bewegung"** – Christlich, anti-syrisch, Chef: Michel Aoun (Ex-Armeechef)

Staatspräsident – Emile Lahoud, Christ, pro-syrisch, betrachtet Regierung nach Austritt der schiitischen Minister als illegitim

Bevölkerungsverteilung



40% Christen – Größte Gruppe Maroniten mit 25%

60% Moslems – 32% Schiiten (nach inoffiziellen Schätzungen bis zu 40%)

7% Drusen

21% Sunniten

Dolomiten-Infografik/Quelle: APA/Fischer Weltalmanach/Fotos: APA

Libanon: Zwei Lager gegeneinander

Beirut (APA/AFP) – Im gegenwärtig libanesischen Machtkampf stehen sich zwei Lager gegenüber: Die „Kräfte des 14. März" (2005) (genau einen Monat nach dem Mord an Ex-Premier Rafik Hariri hatte die damalige Opposition eine Million Menschen mobilisiert, um den syrischen Militärabzug zu fordern) und das schiitisch-christliche Bündnis, das von der Hisbollah und General Michel Aouns „Freier Patriotischer Bewegung" (CPL) angeführt wird. Es handelt sich nicht um eine Konfrontation zwischen anti- und pro-syrischen Kräften, weil die Gefolgschaft des schärfsten Syrien-Gegners (Aoun) ebenso wie die treuesten christlichen Verbündeten der Syrer (Präsident Emile Lahoud, die Ex-Minister Suleiman Frangie und Yacoub Sarraf) zur Opposition gehören. Christen und Drusen sind in beiden Lagern präsent. Die Sunniten stehen hinter den „Kräften des 14. März", die sich dem Machtanspruch der pro-iranischen Hisbollah widersetzen.

ANALYSE / Libanon

Krise reißt wieder alte Wunden auf

Erbitterte Feindschaften im christlichen Bevölkerungsteil – Assad gegen Tauschhandel?

Kairo (dpa) – Schon wieder hängen schwarze Qualmwolken über Beirut. Auch im vergangenen Sommer war die libanesische Hauptstadt nach israelischen Luftangriffen auf die südlichen Schiiten-Vororte Beiruts in einen schmutzig-schwarzen Schleier gehüllt. Diesmal sind es die brennenden Autoreifen der Regierungsgegner, die ihre Unheil verkündenden Rauchsignale über die Stadt schicken. Denn so friedlich wie der seit Wochen andauernde Sitzstreik vor dem Regierungsgebäude ist dieser von den Parteien wohl kalkulierte und präzise gesteuerte Wutausbruch der Demonstranten nicht.

Von Anne-Beatrice Clasmann

Besonders erbittert geht es in Beiruts nördlichem Vorort Dschunije zur Sache, wo sich die Anhänger der beiden christlichen Politiker Michel Aoun und Samir Geagea gegenüberstehen. Wie viele Politiker, die sich derzeit an der Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Unterstützern Syriens, beteiligen, so haben auch Ex-General Aoun und der frühere Milizenführer Geagea keine weiße Weste. Geagea musste wegen der ihm angelasteten Verbrechen während des libanesischen Bürgerkrieges (1975–1990) ins Gefängnis. Der nun auf der Seite der pro-syrischen Kräfte stehende Aoun kam ironischerweise erst nach dem Abzug der Syrer aus dem Libanon 2005 aus dem Exil zurück.

Zwar reißt der Konflikt zwischen den verschiedenen Christen- Fraktionen bei vielen Libanesen alte Wunden auf. Doch ist er letztlich nur ein Nebenschauplatz. Hauptstreitpunkt zwischen Regierung und Opposition ist die Frage, wie künftig das Verhältnis zur einstigen Schutzmacht Syrien aussehen soll, die sich nur schwer damit abfinden kann, dass sie ihren Einfluss über das Nachbarland weitgehend verloren hat. Die Hisbollah hält Syrien immer noch die Treue, schließlich ist die Führung in Damaskus neben dem Iran ihr wichtigster Verbündeter. Die von den Sunniten und einem Teil der Christen unterstützte Siniora-Regierung wirft den Syrern dagegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes vor.

Letztlich hängt vieles davon ab, wie die Auseinandersetzung um die Aufklärung der Morde an dem früheren Ministerpräsidenten Rafik Hariri und anderen anti-syrischen libanesischen Politikern weitergeht. Arabische Diplomaten, die überzeugt sind, dass die Syrer bei den Attentaten ihre Finger mit im Spiel hatten, sollen versucht haben, einen „Handel" zu organisieren. Dabei hätte der syrische Präsident Baschar al-Assad sein Gesicht wahren können, wenn er gleichzeitig versprechen würde, die Libanesen künftig in Ruhe zu lassen und Washington im Kampf gegen die Aufständischen im Irak zu unterstützen. Nach inoffiziellen Berichten soll dieser Versuch jedoch fehlgeschlagen sein, weil Assad den Handel angeblich abgelehnt hat.

Brennende Reifen, Menschenketten und Schrottautos blockieren wichtige Zufahrtstraßen. Damit will die von der schiitischen Hisbollah angeführte Opposition sicherstellen, dass auch die nicht zur Arbeit können, die sich dem von ihr ausgerufenen Generalstreik nicht anschließen wollen. Reuters

ZITATE

Das nehme ich sowieso nie ernst, was Herr Pofalla sagt.

SPD-Fraktionschef Peter Struck in Werder bei Berlin über CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla in der Koalitionsdebatte um Niedriglöhne

Na, na.

Der Unions-Vorsitzende Volker Kauder (CDU) zur Äußerung von Peter Struck

RUMÄNIEN / Minderheiten

„Die EU soll stärkeren Druck ausüben"

Universitätslektor aus Klausenburg warnt vor mehr Spannungen in Siebenbürgen

Wien (APA) – Zwei entlassene ungarischstämmige Dozenten der Babes-Bolyai-Universität im siebenbürgischen Klausenburg fordern von der EU und dem Europarat mehr Druck auf die rumänische Regierung bei der Anerkennung von Minderheitenrechten. „Es wird sehr viele Spannungen geben in Siebenbürgen, wenn es so weitergeht", warnte Peter Hantz, einer der Betroffenen.

Hantz und sein Kollege Lehel Kovacs waren im November entlassen worden, weil sie ungarischsprachige Schilder im Universitätsgebäude in Cluj (Klausenburg/Kolozsvár) angebracht hatten. Der Rektor der Universität, Nicolae Boscan, hatte ihnen „extremistisches Verhalten und physische Gewalt" vorgeworfen. Hantz und Kovacs sehen die Entscheidung als politisch motiviert, um die ungarische Minderheit in der einst zu Ungarn gehörenden rumänischen Region Siebenbürgen zu unterdrücken. Der Senat der Universität hatte die Aufstellung anderssprachiger Schilder in einem früheren Beschluss genehmigt.

Hantz zeigte sich enttäuscht über die bisherige EU-Politik im Hinblick auf die Rechte der ungarischen Minderheit im neuen EU-Mitgliedsstaat. Südtirol etwa habe Autonomiestatus, wie viele andere Regionen in Europa mit einer großen Minderheit.

Die beiden entlassenen Dozenten, die sich für die Wiedereinrichtung einer rein ungarischsprachigen staatlichen Universität in Siebenbürgen engagieren, wollen auch rechtlich gegen ihre Entlassung vorgehen. Eine Gruppe von Anwälten kümmere sich um den Fall. Petitionen seien auch ans rumänische Bildungsministerium und an den Justizminister gesandt worden.

Unvergessen: Peter Hantz wird daran gehindert, an der Babes-Bolyai-Universität ein mehrsprachiges Plakat anzubringen. Foto: „D"

Hantz wirft der Regierung in Bukarest vor, das Ungarische zu Gunsten des Rumänischen im Land verdrängen zu wollen. Die Missachtung der Minderheit und ihrer Rechte habe schon heute zur Folge, dass ungarische Kinder im gesamten Bildungsbereich, vor allem in der höheren Bildung, benachteiligt würden.

> „Niemand sagt Rumänien, dass die (ungarische) Minderheit Autonomie haben muss."
>
> Peter Hantz, ungarischstämmiger Dozent

Die ungarischsprachige Bolyai-Universität war 1959 mit der rumänischsprachigen Babes-Universität zusammengelegt worden. Seit der Wende 1989 setzen sich Vertreter der ungarischen Minderheit für die Wiedereinrichtung einer ungarischsprachigen staatlichen Universität in Siebenbürgen ein. Von den rund 21,6 Mio. Einwohnern Rumäniens sind etwa 1,5 Mio. Ungarn. Die meisten leben in Siebenbürgen.

Wieder Freunde: Strache und Stadler

Waidhofen an der Ybbs (APA) – Die FPÖ-internen Kontrahenten **Heinz-Christian Strache** (rechts) und **Ewald Stadler** (links) haben zumindest nach außen das Kriegsbeil begraben. „Wir sind Parteifreunde" lautete das Ergebnis eines mit Spannung erwarteten Gespräches zwischen dem FPÖ-Parteiobmann und seinem Widersacher am Rande der Klausur des freiheitlichen Parlamentsklubs. Stadler, der parteiintern keine Mehrheit hinter sich gehabt haben dürfte, setzte sich mit seiner Forderungen nach einer katholischen Parteiinstitution nicht durch. Ihm wurden aber Aktivitäten zur Bindung der „katholischen, wertkonservativen" Wählerschaft im Rahmen der neuen Bildungseinrichtung zugestanden. Ob er mit dem Verlust der Leitung der Akademie auch seinen Vorstandssitz verliert, ist noch offen. „Schlafen" wird er nach eigenen Angaben deswegen „nicht schlechter". Foto: APA

BLICK NACH ÖSTERREICH

von Andreas Schwarz aus Wien

Machtkampf tobt

Freiheitliche Kampfspiele

Hat sich der Chef der FPÖ in seiner Jugend an neonazistischen Kampfspielen im Wald beteiligt, oder war's nur ein harmloses „Räuber und Gendarm" mit Farbpistolen, genannt „Paintball"? Seit Fotos des jungen Heinz-Christian Strache in Kampfmontur aufgetaucht sind, die ihn mit angeblich später einschlägig belangten Rechtsextremen zeigen, ist bei den Freiheitlichen wieder einmal Feuer am Dach.

„Immer dann, wenn die Freiheitliche Partei wieder erfolgreich ist, kommen genau diese Sachen, kommen Verleumdungen und Diffamierungen", beklagte sich Strache den Tränen nahe.

Allein: „Diese Sachen" kamen aus den eigenen Reihen. Der von Strache als Vorsitzender der Freiheitlichen Akademie abmontierte Ewald Stadler, ein erzkonservatives freiheitliches Urgestein und wie Strache in einer schlagenden Studentenverbindung, will die inkriminierenden Fotos zugespielt bekommen haben. Er legte sie dem Ehrenobmann der Partei, Hilmar Kabas, vor, und flugs landeten sie wie zufällig auch bei den Medien.

So läuft's bei den Freiheitlichen: Einst putschten Jörg Haider, Strache, Stadler gegen die damalige FPÖ-Führung und brachten damit die schwarz-blaue Koalition zum Platzen (und der FPÖ bei den darauffolgenden Wahlen ein Waterloo); später setzte sich Haider von den blauen Recken Strache und Stadler ab und gründete das BZÖ, das bei den Herbstwahlen gegen die Strache-FPÖ ihr Waterloo erlebte. Und jetzt tobt ein Machtkampf innerhalb der, wer denn der bessere Blaue sei. Weil es Bilder über Strache in Kampfmontour gibt, gibt es jetzt auch Bilder des Rechtskatholen Stadler, die ihn bei einem obskuren Orden zeigen.

Die anderen Parteien verfolgen den internen Kampf – gestern kam es zur Aussprache der beiden Recken – mit Distanz. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes warnt.

Und die SPÖ und die Grünen sind froh, dass das mit der SPÖ-Minderheitsregierung nichts geworden ist. Denn dieser FPÖ „kuscheln" müssen, wie es ein roter Gewerkschafter formulierte, dieser Gedanke erfüllt ihn im Nachhinein noch „mit Grauen". (scw)